

Polnische Gewalttätigkeiten gegen deutsche Soldaten in der Ukraine.

Berlin, 20. Dez. Auch in der Ukraine fangen bolschewistische Elemente jetzt an, den Deutschen als vogelfrei zu betrachten. Wie aus Kiev gemeldet wird, rotierten sich in Odessa Polen zusammen, und verhafteten deutsche Militärautos zu rauben. Die Deutschen setzten sich zur Wehr, und es gelang ihnen, einen Teil der Räuber festzunehmen, der dem Ukrainer 3. Armeekorps übergeben wurde. Deutscherseits sind ein Leutnant, ein Oberfeldwebel und ein Oberjäger als Täter dieses verbrecherischen Anfalles zu beklagen. Auf Seiten der polnischen Räuber sind auch einige Tote zu verzeichnen.

Wilson und der Völkerbund.

San Francisco, 20. Dez. (Reuters.) Gegenüber der Meldung des Washingtoner Korrespondenten eines in Paris erscheinenden amerikanischen Blattes, wonach Präsident Wilson den von der Liga zur Erzielung des Friedens aufgestellten Plan billige, erklärte Wilson, er sei nicht nur Anhänger des Planes eines Völkerbundes, sondern er halte seine Gründung für unerlässlich zur Aufrechterhaltung des Friedens.

Strafrechtliche Verfolgung von Armeeführern.

Wien, 20. Dez. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung nahm einen Gesetzentwurf über die Feststellung der Verantwortlichkeit und die abfällige strafrechtliche Verfolgung höherer Führer und deren Organe im gegenwärtigen Kriege, sowie die Einführung des Abstraktionsprinzips an. Daraus wurde ein Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission gegen den deutsch-bolschewistischen Abgeordneten Krummer angenommen. Krummer steht in Verdacht, daß er von der früheren österreichischen Regierung mit einem Gehalt von 30 000 Kronen belassen worden sei.

Die russischen Verluste.

Der russische Botschafter in Madrid, Stalowski, erklärt, die russischen Verluste betragen nach offizieller Angabe an Toten 1 700 000 Mann, an unheilbar Verwundeten 1 450 000, an Verwundeten 3 1/2 Millionen und an Geiseln 2 1/2 Millionen Mann. Das ergibt einen Totalverlust von 9 150 000 Mann.

Die Lage im Kabinett.

Berlin, 20. Dez. Die Kluft zwischen den Mehrheitssozialisten und den unabhängigen Sozialisten, die auf der jetzt abgeschlossenen Tagung des Kongresses so tief in die Erscheinung getreten ist, klappt auch nicht minder in der Regierung selbst. Besonders der Volksbeauftragte Barth wirkt als Sprengpulver und benutzt jede Gelegenheit, um der Regierung, der er angehört, Schwierigkeiten zu machen, sobald Ebert und Scheidemann genötigt waren, ihm ebenbürtig entgegenzutreten wie Kehrbein oder anderen Vertretern der Opposition. Daß diese Politik nicht von den Unabhängigen in ihrer Gesamtheit gutgeheißen wird, zeigt das Verhalten Paases und Wittmanns, obgleich auch diese keine Stützen der Regierung sind. Offenbar geht das Bestreben des linken Flügels der Unabhängigen dahin, die Vertreter ihrer Fraktion im Kabinett bloßzustellen und dadurch zum Abtritt zu zwingen. Das hat natürlich zur Folge, daß die gesamte Politik der Unabhängigen wesentlich geschwächt und ihre Verhandlungsfähigkeit gemindert wird. Die B. V. P., die die Politik der Mehrheitssozialisten vertreten, betonen demgegenüber, es scheine nur zwei Lösungen zu geben, entweder müßten Paase und Wittmann eine straffe Fraktionspolitik durchsetzen, oder sie müßten sich mit einer gewissen Verminderung ihrer politischen Wirksamkeit begnügen, wenn sie nicht mehr als vollständige Vertreter ihrer Fraktion, sondern nur mehr oder minder auf Grund ihrer persönlichen Eigenschaften im Kabinett säßen.

Der Rätekongreß.

Die Verhandlungen im Berliner Rätekongreß waren psychologisch interessant. In den ersten Tagen war in Verhandlungen dieses Großen Nationalrats Trumpf. Die Gegenstände der Tagesordnung konnten vor lauter Zwischenverhandlungen nicht einmal in Angriff genommen werden. Die Gasse sprach gewaltig mit und griff durch Abordnungen nach dem Muster der Revolution von 1789 vielfach über den Rand. Zuletzt gewannen die Mehrheitssozialisten und damit die Stimme der Vernunft die Oberhand, sobald auch der Beschluß einer Festsetzung des Zeitpunktes für die Wahlen zur Nationalversammlung auf den 19. Januar gefaßt werden konnte. Diese Richtung will die Ordnung und den Frieden; aber sie will auch die Herrschaft des Proletariats, zwar nicht die ungesetzliche Diktatur, aber die unbedingte Mehrheitsherrschaft im Parlamente durch das Wahlergebnis. Dieser Wahlsinn ist zu verhalten, ist die Pflicht des Bürgeriums. Die Augen und die Herzen auf, rührt die Hände und sammelt Euch zur Arbeit! Die Frauen müssen zur Urne wie die Männer und ihnen diene der Eifer in Form als Muster. Die Stellung der Unabhängigen zu der neuen Sozialdemokratie kam in zwei Punkten zum Ausdruck: in der Stellungnahme zum Zeitpunkt der Wahl und in der Haltung zu dem Zentralrat, der nach ihrem Willen Diktaturgewalt haben soll. In beiden Fragen ist die alte Mehrheit siegreich geblieben, wie fast in jeder Resolutions-Resolution und wie bei den seitherigen Wahlen; aber die Unabhängigen sitzen noch immer in gleicher Stärke neben ihnen. In einer Frage haben die Unabhängigen ihr Veto ausgeschüttet. Sie wollen durch das Räteforum die Gewerkschaften unterdrücken, denn nach der Auffassung ihrer Redner können beide nicht nebeneinander bestehen. Die Gewerkschaften sind das Element der positiven Arbeit. Das haben sie neuerdings wieder gezeigt durch ihren Zusammenstoß mit den kaufmännischen Angestellten und Technikern — zum Schutz der nationalen Arbeit. Das muß auch das Feldgeschrei des Bürgeriums werden!

Die neutrale Zone.

Berlin, 20. Dez. Die Einstellung der 10 Kilometer breiten neutralen Zone ist entsprechend den Vorschlägen der alliierten Truppen so erfolgt, daß die Abstände entstanden sind. Abschnitt 1 umfaßt das Gebiet von der holländischen Grenze bis zum Nordrand des Beltschloppers Aßin bei Naltingen. Abschnitt 2 das daranschließende Gebiet bis zur Ecke zwischen dem Beltschlopper Aßin und Koblenz einschließlich Bonn. Abschnitt 3 geht bis zur Ecke zwischen dem Brückenkopf Koblenz-Mainz einschließlich Lore. Abschnitt 4 umfaßt die ganze neutrale Zone von da ab bis zur Schweiz. In Abschnitt 1 ist der Sitz der Kommandantur Wesel. Die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Wesel und einem Bataillon in Düsseldorf, sowie einer Eskadron in Wesel. Die Kommandantur des Abschnittes 2 ist Wipperfurth, die Besatzung besteht aus einem Bataillon Infanterie in Remscheid, einer Eskadron in Wipperfurth und einer Eskadron in Fitorf. Die Kommandantur zu dem 3. Abschnitt liegt in Welterburg. Die Besatzung setzt sich zusammen aus einem Bataillon Infanterie in Sackenburg, 1 Bataillon in Limburg und 1 Eskadron in Welterburg. Die Kommandantur des letzten großen Abschnittes ist in Karlsruhe. Die Besatzung besteht aus 1 Eskadron in Homburg, 1 Bataillon Infanterie in Frankfurt, 1 Bataillon Infanterie in Darmstadt, 1 Eskadron in Darmstadt, 1 Bataillon in Mannheim, 1 Eskadron in Schwelmen, 1 Bataillon in Karlsruhe, 1 Eskadron in Karlsruhe, 1 Bataillon in Oahr, 1 Eskadron in Oahr und 1 Eskadron in Müllheim.

Meine Nachrichten.

Im Schweizer Nationalrat wurde ein Antrag eingebracht, der vom Bundesrat die Kündigung des Niederlassungsvertrages mit Deutschland verlangt, um die Fremdenkontrollen schärfer handhaben zu können.

Das Kriegsgericht der 8. französischen Armee verurteilte in Landau (Wass) den 18-jährigen Kaufmann Weinstock zu fünf Jahren Zuchthaus, weil er beim Steinwerfen ein französisches Auto getroffen und einen französischen Korporal verletzt hatte.

Die polnische Regierung hat eine Verordnung erlassen, wodurch alle A. und S.-Räte im Königreich Polen aufgehoben werden.

Der Danziger Magistrat erhielt ein Telegramm der Reichsregierung, worin diese ihre Billigkeit, die deutsche Stadt Danzig zu schützen, und alles aufzubieten, um sie dem Deutschen Reiche zu erhalten, zum Ausdruck bringt.

Frankfurt a. M., 20. Dez. Der hiesige Oberbürgermeister hat den ausländischen Reichsteilen anheim gegeben, die deutsche Nationalversammlung nach Frankfurt a. M. einzubekommen.

Berlin, 20. Dez. Der Generalstabarzt der Armee von Schiering ist von seinen Posten zurückgetreten. Als Scharführer der Organisation des Sanitätsdienstes hat Schiering im Frieden die Grundlagen für den Sanitätsdienst im Kriege geschaffen und diesen während des ganzen Krieges im allgemein anerkannter, vorbildlicher Weise geleitet.

Das Reichsamt gegen Arbeitslosigkeit.

Immer und immer wieder ist in diesen ersten Wochen der Revolution die tiefe Sorge geäußert worden, daß über der Sicherung ihrer Erwerbschancen Deutschland wirtschaftlich zu Grunde gehen werde. Die Befürchtung, daß mit dem Verschwinden der Millionen Frontsoldaten und dem Freiwerden der in den Rüstungsindustrien Beschäftigten eine bedrohliche Arbeitslosigkeit und durch sie eine grundsätzliche Zerrüttung des Wirtschaftslebens geschaffen werden würde, ist eigentlich täglich verflüchtigt worden, aber zugleich auch das Bewußtsein, für das die Reichsregierung in einem Erlaß die alles erschöpfende Fassung fand: eines ist not — Arbeit. Ihr müßt arbeiten, Volksgenossen. Um diese Arbeit zu schaffen, wurde das Demobilisationsamt unter der Leitung des früheren Chefs der Kriegserziehungsabteilung, Dr. Koeth, begründet. Dieses Amt übernimmt eine Aufgabe, die unter normalen Umständen dem Reichswirtschaftsamt zustünde, und stellt nur eine vorübergehende Erscheinung unseres Wirtschaftslebens dar. Zwei große Hindernisse stehen der Lösung der ihm gestellten Aufgaben entgegen: der Mangel an Arbeitskraft und der Mangel an Rohstoffen. Objekt der Tätigkeit des neuen Amtes ist einerseits die Industrie, d. h. der Arbeitgeber, und andererseits die Masse der Arbeitslosen. Der Ausweg, der Industrie durch Staatsaufträge großen Stills zu helfen, scheitert an der erwähnten Rohstoffnot. Staatsaufträge können nur in beschränktem Maße erteilt werden, und die betreffenden Betriebe sind sorgfältig auszuwählen. Die Verteilung der Aufträge, e soll z. T. auf dem Wege über die neu gegründete Arbeitsgemeinschaft des Unternehmertums mit den Gewerkschaften durchgeführt werden. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft gehen die sogenannten Fachgruppen für die einzelnen Industrien hervor, die als neue Verwaltungsglieder für die Aufträge zu verteilten haben werden. Das wäre zum Beispiel für das Eisenbahnenwesen die Fachgruppe für Lokomotiv-, Waggons- und Schiffsbau. Zum Ausgleich der widerstrebenden Interessen werden technische Sachverständige geschaffen. Die Arbeitslosigkeit bedingt, daß nur wirklich produktive Arbeit geleistet wird, z. B. die Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, die Erneuerung der Verkehrsmittel und die Sehung des Schiffbaus. Aber wie immer auch die Aufgabe angefaßt wird, bei dem Mangel an Materialien und dem Mangel an Arbeitskraft wird eine Streckung der Arbeit notwendig und so ergibt sich, daß die Industrie die Arbeitermassen nicht unterbringen kann. Die Großstädte sind überfüllt mit Arbeitslosen, während sie in der Land- und Forstwirtschaft, bei der Urbarmachung von Moorländern und anderen Kolonisationsarbeiten, wo keine Rohstoffe gebraucht werden, fehlen. Ein Säbber stellt aber bestimmte Ansprüche an seine Lebenshaltung. Die Volksgemeinschaft muß daher in der Not der Zeit von der Landwirtschaft fordern, daß sie eine angemessene Bezahlung und Unterkunft zugestehen. Es steht aber auch außer Frage, daß einerseits die Arbeitsleistung des Arbeiters in den Wirren der Revolution gesunken ist und andererseits übergroße Lohnforderungen einen geregelten Wirtschaftsbetrieb völlig unmöglich zu machen drohen. Gewaltmittel aber sind weniger denn je am Platze, und das Demobilisationsamt sucht die Lösung daher auch in der Aufklärung der Arbeiter. Manche Forderungen der Arbeiterklasse bestehen zweifellos zu Recht. So fordert sie zum Beispiel gegen unzuverlässige Unternehmer die amtliche Bekämpfung der Tarifverträge. Für eine künftige Besserung des Arbeitsverhältnisses wird die Vermittlungstätigkeit des Demobilisationsamtes entscheidende Bedeutung erhalten. Von der rechten Lösung dieser Aufgaben aber hängt unser aller Schicksal, hält letzten Endes das Schicksal Deutschlands ab.

Derliche Angelegenheiten.

Schiller zum Tage.

„Darf der Deutsche in diesem Augenblicke, wo er ruhmlos aus seinem kühnsten Kriege geht, wo zwei die mächtige Welter ihren Fuß auf seinen Nacken legen und der Kaiser sein Gesicht bestimmt — darf er sich fühlen? darf er sich seines Varnens rühmen und freuen? darf er sein Haupt erheben und mit Selbstgefühl auftreten in der Völker Reihe?“

Ja, er darf! Er geht unglücklich aus dem Kampf, aber das, was seinen Wert ausmacht, hat er nicht verloren. Deutsches Reich und deutsche Nation sind unverletzt Dinge. Die Majestät des Deutschen ruhte nie auf dem Haupt seiner Fürsten. Abgesehen von dem to lischen hat der Deutsche sich einen eigenen Weg gegründet, und wenn auch das Reich unterliegt, so bliebe die deutsche Würde unangetastet. Sie ist eine stillige Größe, sie wohnt in der Natur und im Charakter der Nation, der von ihren politischen Schicksalen abhängig ist. Der Deutsche wohnt in einem allen zu drohenden Haus, aber ein stehendes Gewächse wohnt in dem alten Gebäude, und der Deutsche selbst ist ein edler Bewohner, und indem das politische Reich wandt, hat sich das geistige immer fester und vollkommener gebildet.

Dem, der den Geist bildet, lehrerlich, muß zuerst die Herrschaft werden, denn endlich an dem Ziel der Welt, wenn anders die Welt einen Plan, wenn des Menschen Wert irgend nur Bedeutung hat, endlich muß die Sittlichkeit und die Vernunft liegen, die rohe Gewalt der Form erliegen — und das langsame Volk wird alle die schönsten Tugenden einhaufen. Die anderen Völker waren dann die Blume, sie abfällt. Wenn die Blume abgefallen, bleibt die goldene Frucht übrig, bildet sich, schmilzt die Frucht der Erde zu.“

Die Worte Schillers sind ein Fragment von dem Entwurf zu einem Gedichte „Deutsche Größe“. Sie stammen aus dem Frühjahr 1801, in dem der für Deutschland schmachvolle Frieden von Tilsit zwischen Frankreich und Preußen geschlossen wurde.

Reine Weihnachtsreisen! Niemand darf sich ohne zwingende Gründe ergehen. Bergnügungs-, Gesellschafts-, Urlaubreisen müssen unbedingt unterbleiben. Die Eisenbahn muß Truppen heimbefördern, die Städte mit Nahrungsmitteln, Kohlen, Rohstoffen versorgen; dabei müssen täglich Lokomotiven und Wagen in großer Zahl an den Verbänden abgeliefert werden. Die Eisenbahn kann das unbedingt Nötige für Demobilisation und Kurpflegerhaltung der Wirtschaft nur leisten, wenn sie den Individualverkehr auf sich erst beschränkt. Niemand hat jetzt das Recht, sie ohne Not in Anspruch zu nehmen.

Richtlinien bei der Erfassung von Sammlern. Der Staatsfeldherr des Reichs ernannt, hat nunmehr in einem Rundschreiben an die Bundesorgane die vor kurzem angeforderten Richtlinien aufgestellt, die bei einer etwaigen Erfassung der sogenannten Sammlerlager in Stadt und Land für den allgemeinen Verbrauch zu beachten sind. Danach steht es im pflichtmäßigen Ermessen der Kommunalverbände als der eigentlichen Träger der Versorgungsregelung, unter Zuzugung des örtlichen Arbeiter- und Soldatenrats bzw. Bauernrats oder deren Beauftragten, ob sie nach Lage der örtlichen Verhältnisse glauben, auf solche Vorräte für Zwecke der Allgemeinheit zurückgreifen zu sollen. Tun sie es, so haben sie die Maßnahmen so durchzuführen, daß eine Verletzung berechtigter Interessen des einzelnen vermieden wird. Zu diesem Zwecke ist bestimmt, daß die Kommunalverbände zunächst mit einer Aufforderung zur freiwilligen Ablieferung und erst, wenn diese Aufforderung keinen Erfolg folgt, mit Zwangsmahnahmen vorgehen sollen. Besondere Rechtsgarantien sind für die Vornahme von Durchsuchungen geschaffen. Die Verleugungspflicht dar, nur auf die hauptsächlichsten der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegenden Gruppen von Lebensmitteln erst ekt werden. Es darf aber auch nicht sämtliche Vorräte dieser Art umfassen, sondern den Eigentümern muß ein bestimmter eigener Anteil von jeder Art zur weiteren Verfügung beiseite werden. Vorräte, die ohne Verletzung der geltenden Bewirtschaftungsvoorschriften erworben sind (Erbschaften aus behördlichen Zuteilungen und Hauswirtschaftlichen, Erzeugnisse der Kleingartenwirtschaft und dgl.), dürfen kein eswegs weggenommen werden. Für die abgelieferten oder zwangsweise in Kupfurch genommenen Lebensmittel ist Vergütung in Geld zu gewähren, die sich im allgemeinen nach den am Orte geltenden Kleinhandelspreisen zu richten hat. Der Kommunalverband hat die von ihm auf diese Weise erlangten Vorräte zur Versorgung von Kronenkräften und Lazaretsen, für Massenfestungen oder für sonstige gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Veränderungen im Wahlgesetz. Infolge Vordatierung der Wahlen für die Nationalversammlung vom 16. Februar auf den 19. Januar waren einige Veränderungen in dem Reichswahlgesetz notwendig, die die Anteile der Wählerklasse und der Verteilungen nach Möglichkeit wahren. Demnach ist in § 2 der Verordnung bestimmt, daß die Wählerlisten zu jeder manns Einsicht am 30. Dezember einzulegen sind, die für die Wählerklasse wichtige Dauer der Auflegung von acht Tagen bleibt bestehen. Nach Absatz 2 sind die Wähler gegen die Wählerlisten durch die Behörden binnen einer Woche zu erledigen, anstatt der nächsten vierzehn Tage. In § 3 der Verordnung sind die Wahlloos schläge spätestens am 4. Januar 1919 bei dem Wahlkommisär einzulegen. Damit verlängert sich die Zeit der Einreichung von 21 auf 5 Tage, eine Maßnahme, die den Parteien die Möglichkeit gibt, ohne Überstürzung ihre Kandidatenlisten in Ordnung zu bringen. Die Wahlkommisäre haben die Aufforderung zur Einreichung der Wahlloos schläge so ort zu erlassen. Die Verbindung mehrerer Wahlloos schläge miteinander kann nach wie vor spätestens sieben Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommisär schriftlich erklärt werden. Ebenso können die Mängel der Wahlloos schläge und ihre Verbindungen nur bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag befristigt und Bewerber, an deren Wahlbarkeit der Wahlkommisär Bedenken erhebt, bis zum siebenten Tage vor dem Wahltag durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlloos schläges dies schriftlich beantragen.

Beamtengehälter nach der Familiengröße. Die erste deutsche Stadt, die den vielfachen Wünschen der Beamtenschaft auf Abmilderung der Gehälter nach Familienstand und Kinderzahl entsprochen hat, ist die Stadt Adeln in Anhalt. Der dortige Magistrat hat bei seinem Gemeinderat volle Zustimmung gefunden zur Einführung eines Gehaltstaris, der zum ersten Mal die Berücksichtigung der Familiengröße als dauernde Einrichtung aufweist. Die Beamten sind eingeteilt worden in diejenige nächste Gehaltsstufe, die höher war als das bisher bezogene Gehalt. Die Einkünfte betragen rund 20 v. H. des Anfangsgehalts jeder Klasse. Die Kinderzulagen steigen entsprechend den staatlichen Kreisbeiträgen infolge einer mit der Zahl der Kinder wachsenden Neben Prämie von 10 v. H. auf 12, 14, 16, 18 v. H. des Anfangsgehalts jeder Klasse. Man ist jedoch mit fünf Kindern zufrieden und läßt von da an nicht weiter steigen. Die zeitliche Grenze der nach der Zahl der jeweils vorhandenen Kinder berechneten, nicht am einzelnen Kinde haften Kinderzulagen ist dem Wunsch der Beamten gemäß der 18. Geburtstag des Kindes und nicht deren schwer bestimmbarer wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die Ehe- und Kinderzulagen sind natürlich unbefristet.

Wahlloosklappen mit Nummern haben künftig alle Militärpersonen aus Rod und Mantel zu tragen. Bei Regimentern, die bisher Rammenturnieren, sind die Wahlloosklappen durch solche von Heeruniformen mit Nummern zu ersetzen. An den Entlassungsmärkten sind Wahlloosklappen und Grabbezeichnungen unmittelbar vor der Entlassung des Mannes abzutrennen. Alle zur Entlassung kommenden Mannschaften werden darauf hingewiesen, daß widerrechtliche Tragen strafbar ist.

Der 6. Januar kein Arbeitstag. An zukünftiger Stelle ist kein Anlaß gemeldet, erneut in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob der 6. Januar als Feiertag bestehen bleiben oder für die Werksarbeit freigegeben werden soll. Es darf also damit gerechnet werden, daß auch im kommenden Jahre der Rohneujahrstag arbeitsfrei bleibt. Die lächliche Sozialdemokratie hat sich bereits im Landtage 1913/14 auf den Standpunkt gestellt, daß im Interesse der Arbeiterschaft eine Verringerung der bestehenden Feiertage unerwünscht sei. Eine Verlegung einzelner Feiertage auf einen andern Tag aus wirtschaftlichen Gründen wird sie freilich in Erwägung ziehen. Zu einem andern Standpunkte dürfte die Sozialdemokratie, die ja heute auch über diese Frage maßgebend entscheidet, auch jetzt nicht gelangt sein.